

Wossische



Zeitung

Begründet 1794
Berlinerische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

In Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsteils): H. Bachmann in Berlin * Hauptgeschäftsstelle: Berlin SW, Kochstraße 22-26 * Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzstr. 11 800, 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291

Streiklage und Grenzschutz in Oberschlesien.

Weitere Abnahme der Ausständigen.

Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters

* Katowitz, 23. Januar.

Die Streiklage im ober-schlesischen Kohlenrevier hat mit der heutigen Morgensicht eine weitere Besserung erfahren. Es wird auf mehr als der Hälfte der Gruben gearbeitet. Die Streiks auf Grube Schöpfung und auf den fiskalischen Gruben sind nach kurzem Auflauern schnell beendet worden. Man kann sagen, daß die Zahl der Streikenden auf 40 000 gesunken ist, das heißt, daß bei jeder Schicht nur 20 000 Mann streiken. Da gerade bei den großen Unternehmungen die Morgensicht voll eingeleuchtet ist. Auf einzelnen Gruben herrscht wieder vollkommenes Einvernehmen zwischen Verwaltung und Arbeitern, so daß teilweise die Militärkommandos, die zur Verhütung von Sabotageakten in die Gruben gelegt worden waren, zurückgezogen werden konnten. Auf Veranlassung des Zentralrates der A. und S.-Käte Oberschlesiens sind im Laufe des gestrigen Tages 28 Verhaftungen vorgenommen worden. Es handelt sich dabei um Terroristen, die den arbeitstilligen Bergleuten mit Gewalt den Eintritt verweigert haben.

Die militärische Lage an der Grenze des Industriebezirks hat mit dem heutigen Tage eine wesentliche Veränderung erfahren. Ueber die Kreise Pleß und Rybnitz ist seit heute vorwiegend aus militärischen Gründen der Belagerungsstand verhängt worden. In diese Kreise ist in den letzten Stunden ein Teil des für den ober-schlesischen Grenzschutz bereitgestellten Militärs eingezückt. Diese Nachricht wird hier mit großer Freude begrüßt und mindert wesentlich die Besorgnisse der Bevölkerung wegen eines polnischen Einfalls. Die großpolnische Agitation hat sich hier in den letzten Wochen ins Maßlose gesteigert. Flugblätter mit empörend verheerendem Inhalt wurden massenhaft verbreitet. In einem derselben wird ebenso geschmacklos wie unemphatisch gesagt: „Was deutsch ist, sind Schweine, und Schweine müssen totgeschlagen werden.“ Unterzeichnet ist dieses Scherblatt vom polnischen Volkstanz, dem unter anderem auch der Professor Milbner angehört, der sich schon jetzt als großpolnischer Landrat sieht und ausführt. Die Unwesenheit des Militärs — auch Garde-Kavallerie befindet sich darunter — wird die Herzen wohl bald zu besserer Einsicht bringen.

C. M. Schmidt

Die Wahlen in Oberschlesien.

Ein Volksvotum gegen die großpolnischen Pläne.

Trotz der Parole der Polen auf Wahlenthaltung, die mit allen Mitteln propagiert wurde, und die sogar dazu führte, daß deutsche Wähler durch Drohungen von der Ausübung ihres Wahlrechtes abgehalten wurden, war die Wahlbeteiligung in Oberschlesien überaus stark. Es wurden nicht weniger als 664 000 Stimmen abgegeben, das sind 74 Prozent aller Wahlberechtigten. Durch diese starke Wahlbeteiligung ist der klarste Beweis dafür geliefert, daß die polnischen Loslösungsbestrebungen von der übergroßen Mehrheit der Bevölkerung abgelehnt werden.

Bemerkenswert ist auch ein Vergleich des Wahlergebnisses mit den letzten Reichstagswahlen. Den stärksten Zuwachs haben die Sozialdemokraten erlangt. Ihre Stimmziffer stieg von 43 000 auf 250 000. Die Fortschrittliche Volkspartei hatte 1912 nur 862 Stimmen aufgebracht, ihre Nachfolgerin, die Deutsche Demokratische Partei, erzielte 46 000 Stimmen. Die rechtsliberalen und konservativen Stimmen, die 1912 54 000 betragen, sind auf 47 000 zurückgegangen. Das Zentrum stieg von 112 000 auf 321 000.

Die Angst der Ostpreußen.

Drahtmeldung der „Wossischen Zeitung“.

* Königsberg, 23. Januar.

Der Bundesrat des Kreises Stallupönen, Kramer, reiste im Einvernehmen mit dem Stallupöner A. u. S.-Rat mit dem Vorsitzenden des Soldatenrates Endkühnen, Engel, nach Kowno, um sich über die militärische Lage und die dem Kreise von den

Volkswirtschaftlichen drohenden Gefahren zu unterrichten. Wie der Landrat nunmehr der Kreisbevölkerung mitteilt, drohen dem Kreis vorläufig keine Gefahren, wenn es gelingt, genügend zuverlässige Truppen zum Volksherr zu werben. Die Bevölkerung brauche nicht zu fliehen. Wäre die Volksherrwerbung erfolglos, so würden die militärischen Stellen den Landrat frühzeitig unterrichten, damit er seinerseits die Kreisbevölkerung warnen könne.

Der Gesandte August Wronig ist, wie die Pol. Parl. Nachr. melden, zum Reichskommissar für die noch besetzten Gebiete des ehemaligen russischen Reiches und für Ost- und Westpreußen ernannt worden. Er wird am 25. Januar von Libau, wo er sich zurzeit aufhält, nach Königsberg übersiedeln und sich in seinem bisherigen Wirkungsbereich von Dr. Burghardt vertreten lassen.

Eine russische Sonderkonferenz.

Auf Vorschlag Wilsons.

os Rotterdam, 23. Januar.

Drahtmeldung der „Wossischen Zeitung“.

Neuere verbreitet folgende amtliche Mitteilung: Präsident Wilson, die Premierminister und die Minister des Auswärtigen der Alliierten sowie die Vertreter Japans hatten in Paris eine Konferenz, die von 8 bis 16 Uhr nachmittags dauerte. Es wurde ein Vorschlag Wilsons angenommen, die russische Regierung zu einer Friedenskonferenz einzuladen.

„Die Alliierten“, so heißt es in Wilsons Vorschlag, „wollen dem russischen Volke beistehen und nicht in dessen Selbstbestimmungsrecht eingreifen. Sie betrachten die Russen als Freunde und nicht als Feinde und wollen ihnen helfen, sofern sie bereit sind, sich helfen zu lassen. Die Alliierten stehen augenblicklich darüber nach, wie sie den Russen nützen und die Ordnung wiederherstellen können, denn sie begreifen, daß Hunger und Entbehrungen aller Art dauernd überhandnehmen und immer schlimmer werden müssen, wenn nicht Handel und Arbeit wieder aufgenommen werden. Die Alliierten erkennen Rußlands Recht auf Selbstbestimmung voll an und beabsichtigen nicht, sich in seine Angelegenheiten zu mischen oder es irgendwie auszunutzen. Sie erkennen die Revolution ohne Vorbehalt an und wollen unter keinen Umständen gegenrevolutionäre Umtriebe erlauben. Das einzige Ziel der Alliierten ist, Rußland den Frieden zu bringen und dem Lande einen Weg aus den Wirrnissen zu weisen.“

In diesem Geiste beschließen die Alliierten, folgenden Schritt zu unternehmen: Sie lösen jede organisierte Gruppe ein, die in Sibirien oder innerhalb des europäischen Rußlands politisch oder militärisch ihre Herrschaft ausübt oder ausüben versucht (ausgenommen Finnland), einen bis drei Vertreter für jede Gruppe nach den Prinzipien in der Marmara-Meer (bei Konstantinopel) zu senden, wo sie mit Vertretern der Alliierten zusammentreffen werden. (In der vom Wossischen Telegrammbüro verbreiteten Fassung heißt es: „ausgenommen Polen und Finnland. Die Red.) Gleichzeitig soll zwischen den eingeladenen Parteien ein Waffenstillstand abgeschlossen werden, und jede bewaffnete Streitmacht, die gegen ein Volk außerhalb der Grenze des europäischen Rußlands oder gegen Finnland ausgeführt ist, muß zurückgezogen werden. Die russischen Vertreter werden ersucht, mit den alliierten Vertretern aufs offenherzigste zu verhandeln, damit die Wünsche aller Teile des russischen Volks bekannt werden und es möglich wird, eine Ueber einstimmung zuwege zu bringen, die es Rußland erlaubt, seinen eigenen Zielen nachzustreben und die Beziehungen Rußlands zu den anderen Völkern der Welt zu befestigen. Es wird um eine schnelle Antwort auf diese Einladung gebeten. Die Vertreter der Entente werden am 15. Februar am bestimmten Platz eintreffen.“

„Chicago Tribune“ meldet dazu aus Paris, Pichon sei gegen jede Unterhandlung mit der Sowjetregierung gewesen, aber von Wilson und Lloyd George überstimmt worden, wie überhaupt England und Amerika den Kongress beherrschen.

Gegen Preußens Zerichlagung.

Das Preußische Staatsministerium beabsichtigt, sich gegen die geplante Herabsetzung Preußens zur Wehr zu setzen und seinen ablehnenden Standpunkt auch auf der Nationalversammlung zum Ausdruck zu bringen.

Gespräch mit Branting.

von
Georg Bernhardt

Vor einigen Tagen hielt sich der schwedische Sozialistenführer Hjalmar Branting auf der Durchreise von Schweden nach der Schweiz für kurze Zeit in Berlin auf. Branting, einer der fähigsten Köpfe im internationalen Bereich der sozialistischen Idee, erfreute sich bis zum Kriege in allen politischen Lagern Deutschlands eines uneingeschränkten Ansehens. Denn er wurde nicht bloß als der Führer der schwedischen Sozialdemokratie, sondern auch als Staatsmann hoch gewertet. Er war sehr oft bei den Parteitagen der deutschen Sozialdemokratie als Gast anwesend, und seine Reden sowohl auf diesen deutschen Parteitagen, als auch auf den internationalen Tagungen der Sozialdemokratie hatten auch in den bürgerlichen Kreisen Interesse für seine überlegene, taktvolle und staatsmännisch kluge Art erweckt.

Im Weltkriege ist der Name Brantings in Deutschland weit über diejenigen Kreise hinaus bekannt geworden, die sich berufsmäßig mit Politik beschäftigen. Der schwedische Sozialistenführer, der nach dem radikalen Wahlsieg in Schweden kurze Zeit, bis zu seiner Erkrankung, das Amt eines Finanzministers bekleidete, spielte in seinem Vaterlande und damit angesichts der exponierten Stellung Schwedens auch in den Erwägungen der deutschen Kriegspolitik eine hervorragende Rolle. Aber in Deutschland verringerte sich seine Vollstimmlichkeit in demselben Maße, wie seine weltpolitische Bedeutung zunahm. Auch innerhalb der Sozialdemokratie gab es nicht wenige, die in Branting den Freund der Feinde, einen unbedingten Anhänger der Entente und damit auch einen ausgesprochenen Deutschenfeind sehen wollten. Die Animosität gegen diesen Mann steigerte sich hier in solchem Maße, daß in der Presse vielfach den niedrigsten Anwürfen Raum gegeben wurde. Es verbreiteten sich sogar Nachrichten, denen zufolge Branting, der persönlich auch bei seinen Feinden als unbestechlich galt, auf dem Umwege über seine Frau milde bald von Rußland, bald von England gelaufen sein sollte. Die „Wossische Zeitung“ hat diese Verunglimpfungen des schwedischen Sozialdemokraten niemals mitgemacht. Sie hat lediglich die Tatsache festgestellt, daß die Politik, die Branting vertrat, den Zielen der offiziellen deutschen Kriegspolitik nicht günstig war. Dagegen erkannte sie immer das redliche Bemühen Brantings an, den internationalen Sozialistenkongress in Stockholm zusammenzubringen, um dort zunächst einmal eine Aussprache der sozialdemokratischen Parteien der verschiedenen kriegführenden Länder zu ermöglichen. Die Anwesenheit Brantings in Berlin auf einer Reise, die auch wieder dem Zweck dienen soll, einen menschlichen Frieden herbeizuführen, legt es nahe, von ihm selbst Aufschluß über seine Stellung während des Krieges zu erbitten.

Ich fand Branting, den ich auf vielen Kongressen in der Friedenszeit gesehen hatte, wesentlich gealtert. Die Spuren der letzten Krankheit waren noch nicht völlig verwischt. Sie hat dazu beigetragen, die massige, breitschultrige, gedrungene Gestalt noch etwas schwerfälliger erscheinen zu lassen. Aber wie früher auch, stehen noch heute, wenn er spricht, die lebhaften, von buschigen Brauen umrahmten Augen in einem interessanten Gegensatz zu der Schwere und Langsamkeit seiner Bewegungen.

Auf meine Mitteilung, daß man ihn in Deutschland auch heute noch vielfach für einen Feind unseres Landes halte, entgegnete er mir sofort ohne Zögern: „Ich weiß das. Aber ein solcher Vorwurf ist vollkommen unberechtigt. Ich bin immer ein Freund der deutschen Kultur gewesen, ebenso wie ich die französische Kultur liebe. Ich habe in Deutschland und in Frankreich zahlreiche Freunde. Ich weiß die Vorzüge des deutschen Volkes durchaus zu schätzen. Aber ich bin als Sozialdemokrat immer ein Gegner des alten Regierungssystems gewesen. Ich habe nun einmal die Ueberzeugung gehabt, daß der Weltkrieg ein deutscher Präventivkrieg war. Ich weiß, daß das französische Volk den Krieg nicht wollte. Ich zweifle auch nicht daran, daß das deutsche Volk den Krieg nicht gewollt hat. Ich bin auch weit davon entfernt, etwa dem deutschen Kaiser allein die Schuld in die Schuhe zu schieben. Aber gewisse Kreise in Deutschland haben eben geglaubt, den Krieg doch nicht umgehen zu können. Sie haben die Lage im Sommer 1914 für ganz besonders günstig zum Beschließen gehalten. Es ist beahelt von